

Rede des Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion Karlheinz Börkel zum Haushalt 2010 am 7. Dez. 2009

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushaltsplan für das Jahr 2010, den wir heute verabschieden, ist von vielen Besonderheiten geprägt. Wir befinden uns derzeit in einer der schwierigsten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit.

Ich bin seit 43 Jahren beruflich und politisch mit den Finanzen der Öffentlichen Hand beschäftigt.

So einen Absturz der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen habe ich in dieser langen Zeit noch nicht erlebt.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Haushalte der nächsten Jahre 2 bis 3 und mehr Jahre die schwierigsten sein werden, die wir je gehabt haben. Wir können derzeit noch nicht einschätzen wie es weitergeht. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sind sich auch nicht einig.

Hinzu kommen noch Vorhaben der neuen Bundesregierung, die Auswirkungen auf die Haushalte der nächsten Jahre haben werden.

Der Bundestag hat am vergangenen Freitag z.B. beschlossen, den Zuschuss des Bundes für Miet- und Heizkosten bei Hartz IV von 26 auf 23,6 % zu reduzieren. Außerdem wurde das „Wachstumsförderungsgesetz“ beschlossen, in dem massive Steuersenkungen enthalten sind, die sich nicht nur auf den Bundeshaushalt, sondern massiv auch auf die Haushalte der Länder und der Kommunen negativ auswirken werden.

Einige Bundesländer haben ja bereits angekündigt, im Bundesrat gegen diese Entlastungen stimmen zu wollen. Sollte das Gesetz zum 1. Januar 2010 in Kraft treten, werden nach Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeinde-bundes die Kommunen im Jahr 2010 Ausfälle von 3,6 Mrd. Euro verkraften müssen. Diese Beträge waren in der Steuerschätzung vom November diesen Jahres noch gar nicht einkalkuliert.

Dies zeigt uns wieder deutlich, wie sehr auch die Kommunen von der Bundes- und Landesgesetzgebung sowie der konjunkturellen Entwicklung in unserem Land abhängig sind.

Deshalb bleibt auch von dem so genannten „Königsrecht“ des Kreistags, den Haushalt zu beschließen, wenig übrig, obwohl wir in den Ausschüssen viele Stunden über den Haushalt beraten haben. Die Konjunktur, insbesondere die Sozialgesetze, Vergütungstarif-Overträge bestimmen doch im Wesentlichen die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Hinzu kommt, dass auch die Gerichte Entscheidungen treffen, die sich auf unseren Haushalt auswirken.

Bekanntlich ist beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Verfahren in Sachen Hartz IV für Jugendliche und Kinder anhängig. Sollte das Gericht die derzeitige Höhe der Hartz IV-Sätze für verfassungswidrig erklären, kommen auf die Kommunen und auch auf den Hohenlohekreis weitere Ausgaben zu.

Wir können deshalb derzeit nur hoffen, dass die Wirtschaft in den nächsten Jahren wieder anspringt

und damit auch die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand.

Kreisumlage

Eine Besonderheit des vorliegenden Haushalts ist das Aufkommen bei der Kreisumlage. Trotz der schlechten Wirtschaftslage werden wir 2010 die Rekordsumme von 161 Millionen Euro erhalten. Dies unterstreicht erneut die Bedeutung der Kreisumlage für die Finanzierung des Kreishaushaltes. Wir wissen aber alle, dass diese Summe auf die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs zurückzuführen ist, bei dem die guten Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2008 als Bemessungsgrundlage herangezogen werden.

Die Stadt Künzelsau muss allein eine Summe von 21 Millionen Euro an den Kreis abführen. Dies ist -wie wir wissen- auf hohe Steuernachzahlungen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2008 zurückzuführen.

Die Verwaltung hat dem Kreistag vorgeschlagen, den Hebesatz der Kreisumlage bei 38 %-Punkten zu belassen. Dadurch wird der Landkreis in der Lage sein, wenn das

Haushaltsjahr planmäßig verläuft, zum Jahresende 2010 eine Rücklage in Höhe von rund

2,8 Millionen Euro zu bilden. Diese Rücklage soll aber nicht auf die Hohe Kante gelegt werden –was der eigentliche Sinn von Rücklagen ist- sondern der Betrag soll bereits wieder im Haushaltsplan 2011 zum Ausgleich des Haushalts verwendet werden. Der Haushalt 2011 würde ohne diese Rücklage einen Fehlbetrag in Höhe dieser 2,8 Millionen Euro aufweisen.

Die CDU-Fraktion wird diesem Vorschlag zustimmen.

Wir sind uns bewusst, dass die Gemeinden im nächsten Jahr selbst große Schwierigkeiten haben, ihre Haushalte des Jahres 2010 auszugleichen.

Auf Bitte der CDU-Fraktion hat die Kämmerei berechnet, wie hoch die Kreisumlage im Jahre 2011 sein müsste, wenn auf die Erwirtschaftung der Rücklage verzichtet wird. Die Zahlen und vor allem die Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden sind uns jetzt bekannt. Wir müssten dann den Hebesatz über die bisher in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen 40 %-Punkte auf 43,10 %-Punkte erhöhen, was für alle Städte und Gemeinden außer Künzelsau Mehrbelastungen verursachen würde.

Wir haben zwar angesichts der Summe von 21 Millionen Euro Verständnis, wenn die Stadt Künzelsau für eine Senkung des Hebesatzes plädiert.

Wir halten aber den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg für die anderen 15 Städte und Gemeinden im Kreis den richtigen und fairsten. Wir betrachten diesen Vorschlag auch als eine gewisse Solidarität der Kreisstadt Künzelsau gegenüber den teilweise finanzschwachen und erschuldeten Gemeinden.

Künzelsau ist 2008 zu einem unerwarteten Geldsegen gekommen. Die Gründe dafür sind uns ja bekannt. Die Stadt konnte damit zahlreiche Baumaßnahmen und z.B. gebührenfreie Kindergärten finanzieren. Davon können viele Gemeinen im Kreis nur träumen.

Wir sind der Meinung, dass wir die Kreisumlage grundsätzlich möglichst auf einem konstanten und verlässlichen Hebesatz belassen sollten, um dem Landkreis, aber auch den Gemeinden eine bessere Planungssicherheit geben zu können.

Es sollte auch nicht so sein, dass wir - wenn in einer Gemeinde eine besondere Situation eingetreten ist - die Kreisumlage zu verändern.

Unser Ziel wird es sein, im Haushalt 2011 möglichst auf die in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Erhöhung um 2 %-Punkte ganz oder teilweise verzichten zu können. Herr Landrat Jahn hat dies ja in den Haushaltsberatungen ja bereits angekündigt. Allerdings dürfen wir dabei unseren hohen Schuldenstand nicht außer acht lassen.

Unser Ziel muss es sein, in den nächsten Jahren möglichst wenig Schulden machen zu müssen.

Doppik

Dieser Haushaltsplan hat noch eine weitere Besonderheit. Er wird voraussichtlich der letzte sein, der nach dem derzeit geltenden Haushaltsrecht aufgestellt worden ist.

Wir werden heute Nachmittag darüber abstimmen, ob der Hohenlohekreis das neue kommunale Rechnungswesen, die Doppik, bereits für den Haushaltsplan 2011 einführen darf.

Die CDU-Fraktion wird dem Vorschlag zustimmen. Wir sind der Auffassung, dass es richtig ist, die Doppik schon vor dem gesetzlichen Termin 2016 einzuführen.

Es macht wenig Sinn, heute nochmals die Vor- und Nachteile dieses Systems aufzuzählen. Es gibt wie bei vielen Änderungen im öffentlichen Bereich, Befürworter und Kritiker.

Tatsache ist aber, dass der Gesetzgeber der Landtag von Baden-Württemberg die Einführung beschlossen hat und sie spätestens 2016 erfolgt sein muss.

Baden-Württemberg hat den Kommunen die längste Frist gewährt. Alle anderen Länder haben kürzere Fristen gewählt.

Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland haben die Doppik bereits 2008 eingeführt. Das Land Hessen hat seinen Landeshaushalt für das Jahr 2010 ebenfalls auf die Doppik umgestellt.

In Baden-Württemberg hat z.B. der Enzkreis bereits für 2009 umgestellt, der Rems-Murr-Kreis hat seinen Haushalt 2010 auch umgestellt. Auch die IHK Heilbronn-Franken hat ihren Haushalt schon umgestellt.

Wir sind der Meinung, je früher, desto besser.

Auch finden wir es gut, wenn die Umstellung gemeinsam mit benachbarten Kreisen erfolgen soll um so auch Synergie-Effekte zu erzielen.

Wir bedanken uns deshalb bei Herrn Landrat Jahn, Herrn Kreiskämmerer Kercher und allen betroffenen Bediensteten des Landratsamtes, dass sie sich dieser großen Aufgabe, die neben dem umfangreichen Tagesgeschäft bewältigt werden muss, bereits im nächsten Jahr stellen wollen. Die Verwaltung hat ja in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben bereits gemacht, und das Vermögen des Kreises bewertet.

Die Doppik wird die Finanzsituation der Kommunen zwar nicht verbessern. Sie bietet aber für die Verwaltung und für die Kreisträte und Gemeinderäte und damit auch der Öffentlichkeit verbesserte Entscheidungsgrundlagen, mehr Transparenz und neue Instrumente der Steuerung.

Ich kann mich noch gut erinnern, im Jahr 1973

-da war ich stellvertretender Stadtkämmerer in Adelsheim- wurde schon einmal das kommunale Rechnungswesen umgestellt.

Damals gab es noch einen ordentlichen und einen außerordentlichen Haushalt, die dann durch den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt ersetzt worden sind.

Auch damals gab es kritische Stimmen gegen die Umstellung, die aber bald erloschen sind.

So wird es unseres Erachtens auch bei der Einführung der Doppik sein.

Sozialhaushalt

Die derzeit schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland führt auch dazu, dass immer mehr Menschen in Kurzarbeit gehen müssen oder arbeitslos werden. Im Hohenlohekreis ist die Arbeitslosigkeit im letzten Monat leicht gestiegen.

Bei immer mehr Menschen reicht ihr Einkommen für den Lebensunterhalt nicht mehr aus. Wie das Statistische Bundesamt dieser Tage veröffentlicht hat, ist jeder 10. Bundesbürger, das waren im Jahr 2007 über 8 Millionen Menschen, bereits auf Leistungen des Staates angewiesen. Im Jahr 2007 wurden hierfür bundesweit über 41 Mrd. Euro aufgewendet. Von dieser Entwicklung bleibt auch unser Hohenlohekreis nicht verschont.

Viele Menschen im Kreis sind auf die Hilfe des Landkreises angewiesen. Immer mehr Familien haben Probleme bei der Erziehung ihrer Kinder. Dies können wir unzweifelhaft an der Entwicklung unseres Haushaltes im Sozial- und Jugendhilfereich erkennen. Allein 42 Millionen Euro des Verwaltungshaushalts geben wir für diesen Bereich aus.

Aber wir dürfen diese Menschen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, nicht allein lassen. Wir stehen zu dieser Solidarität gegenüber diesen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Kindern.

Trotzdem müssen wir auch nachdrücklich nach möglichen Einsparmöglichkeiten suchen, damit die Ausgaben im Sozial- und Jugendhilfereich nicht ins Uferlose steigen.

Schulen

Der enorme Wandel in Wirtschaft und Technik stellt immer höhere Anforderungen an unser Bildungswesen.

Unser besonderes Augenmerk gilt deshalb auch im nächsten Jahr der Bildung. Ausgabenschwerpunkt wird wieder das berufliche Schulwesen sein. Die CDU-Fraktion freut sich, dass unser größtes Bauvorhaben, die RvW-Schule in Öhringen im nächsten Jahr fertig gestellt und bezogen werden kann. Vom Baufortschritt konnten wir uns ja kürzlich bei unserer Schulrundfahrt überzeugen.

Die Schülerzahl in unseren Kreisschulen wird zwar gering sinken, aber immer noch über 5.000 junge Menschen besuchen unsere Schulen. Wie wir alle wissen, haben wir im Landkreis die geringste direkte Übergangsquote von der Grundschule ins Gymnasium. Wenn man aber gegenüberstellt, wie viele Schüler ihre Fachhochschul- oder Hochschulreife außerhalb der allgemeinbildenden Gymnasien im Landkreis ablegen, so liegen wir landesweit an der Spitze. Dies ist erfreulich.

Deshalb ist es wichtig, dass wir unseren jungen Menschen diese Möglichkeit auch weiterhin erhalten. Eine gute Ergänzung unseres Schulangebotes, sehen wir auch in dem neu eingerichtete Sozialwissenschaftlichen Gymnasium in Öhringen. Mit diesem neuen Schultyp neben den bisher vorhandenen Beruflichen Gymnasien tragen wir mit dazu bei, dass noch mehr unserer jungen Menschen im Kreis eine Hochschulreife erlangen können.

Dazu kommen noch andere neue Bildungsangebote in unseren Schulen in Künzelsau und Öhringen.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gibt der Hohenlohekreis auch im nächsten Jahr mehr Geld für das Schulwesen aus als die anderen Landkreise.

Und das ist gut so.

Alle Ausgaben in unserem Schulwesen sind gute Investitionen. Damit geben wir nicht nur unseren jungen Menschen gute Zukunftschancen, sondern auch unserer heimischen Wirtschaft, deren wichtigstes Kapital gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte sind.

Krankenhaus

In unserem Krankenhaus geht die Entwicklung derzeit mit großen Schritten weiter. Wir sind der Auffassung, dass wir mit den Modernisierungsmaßnahmen in Künzelsau und Öhringen und dem Bau des Ärztehauses in Künzelsau mit dazu beigetragen haben, die Häuser fit für die Zukunft zu machen. Unser Ziel war und wird es auch weiterhin bleiben, unseren Bürgerinnen und Bürgern eine wohnortnahe Krankenhausversorgung zu gewährleisten.

Die geplante Beschaffung eines Computer-Tomographen für Künzelsau wird dazu auch beitragen.

Wichtig aber ist, dass die Bürgerinnen und Bürger im Kreis auch diese Angebote in Anspruch nehmen und nicht in andere Häuser z.B. nach Schwäbisch Hall oder Bad Mergentheim abwandern.

Wir freuen uns, dass unser Krankenhaus noch schwarze Zahlen schreiben kann. Uns ist aber bewusst, dass dies insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass wir einen Haustarifvertrag abgeschlossen haben und unser Personal deshalb weniger verdient als früher im BAT.

Dass die Krankenhausbediensteten dies mitgetragen haben und für ihre sicherlich nicht leichte Arbeit in allen Bereichen der Häuser, ob Pflege, ärztlicher Dienst oder Verwaltung dafür darf ich namens der CDU-Fraktion danken.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass es jetzt gelungen ist, mit Verdi einen neuen Vertrag abzuschließen und den Bediensteten eine Gehaltserhöhung zugebilligt werden konnte.

Allerdings müssen wir dem Krankenhaus die vorübergehend eingestellten Trägerzuschüsse aus dem Kreishaushalt für Investitionen wieder gewähren. Die Rate ist im Haushaltsplan ja bereits veranschlagt.

Holding

Seit 2006 besteht nun die Gesundheits-Holding Heilbronn-Franken. Leider verlief der Start der Holding etwas holprig, nachdem seit der Gründung mit Dr. Jendges schon der dritte Geschäftsführer im Amt ist. Aber die ersten Synergieeffekte sind erkennbar, z.B. in der EDV, im Fortbildungsbereich und im Einkauf.

Seit wenigen Wochen ist mit Herrn Dr. Sitzler auch der lang gesuchte Medizinische Geschäftsführer im Amt, der auch für unser Hohenloher Krankenhaus zuständig sein wird.

Seine wichtigste Aufgabe wird es jetzt sein, auch die medizinischen Strukturen der 7 Krankenhäuser der Holding zu überarbeiten und für die Zukunft fit zu machen. Wir gehen allerdings davon, dass es auch schmerzliche Eingriffe in die Strukturen der einzelnen Häuser geben wird.

Wie wir wissen, wollen die SLK Kliniken ihre Häuser im Plattenwald und am Gesundbrunnen für über 250 Millionen Euro teilweise durch Abrisse und Neubauten Ersetzen und modernisieren. Deshalb müssen wir im Hohenlohekreis auch darauf achten, dass dadurch unsere Häuser nicht beeinträchtigt werden. Das was die SLK-Kliniken jetzt machen, haben wir bereits in den letzten Jahren erledigt, nämlich die Häuser baulich auf den neustens Stand zu bringen.

Senioren

Die demografische Entwicklung macht auch vor dem Hohenlohekreis nicht halt. Die Zahl der älteren Menschen nimmt rasant zu. Auch die Zahl der Pflegebedürftigen steigt ständig.

Nach einer kürzlich vorgestellten Studie müssen wir davon ausgehen, dass langfristig die Hälfte der Menschen einmal pflegebedürftig sein wird. Nachdem die Pflege in einem Familienverband immer weniger möglich sein wird, ist es wichtig den älteren Menschen möglichst wohnortnahe Pflegeeinrichtungen anbieten zu können.

Mit unserer Seniorenbetreuungs-GmbH erfüllen wir diesen Anspruch.

Wir sind zufrieden mit der Belegung unserer Heime, die alle schwarze Zahlen schreiben.

Das Land Baden-Württemberg hat zwischenzeitlich einen hohen Zuschuss für den geplanten Bau der Senioren-wohnanlage in Schöntal-Westernhausen bewilligt. Somit können wir hoffentlich bald mit dem Bau beginnen.

Vor wenigen Tagen hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg bekannt gegeben, dass die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland in Baden-Württemberg am höchsten ist und noch weiter ansteigt. Ich hab mir diese Meldung einmal genauer angeschaut und habe zu meiner Überraschung lesen müssen, dass der Hohenlohekreis bei den Männern auf dem viertletzten Platz liegt, allerdings noch vor dem NOK, dem Ostalbkreis und SHA. Bei den Frauen liegen wir einen Platz besser.

Herr Landrat, es wäre doch mal interessant zu untersuchen, warum wir da so schlecht sind und ob man da was verbessern kann.

NVH

Der Nahverkehr Hohenlohe ist vor vielen Jahren als Modellvorhaben gestartet und hat auch viele Nachahmer

gefunden. Wir bieten unseren Bürgern ein groß-flächiges Angebot, um auch ohne Pkw mobil sein zu können. Leider erwirtschaftet der Nahverkehr in der letzten Zeit Verluste. Im Haushaltsplan 2010 musste ein zusätzlicher Trägerzuschuss an den NVH in Höhe von fast 1 Million Euro eingeplant werden. Durch verschiedene Änderungen in der Struktur des Nahverkehrs, ich nenne hier die Stadtbahn Heilbronn-Öhringen und die Einrichtung von Privatschulen und Ganztageschulen sind Mehraufwendungen entstanden. Weitere Änderungen werden durch die Einrichtung der Werkrealschulen zu erwarten sein.

Durch die Gründung des 3-H-Verkehrsverbundes mit Heilbronn und Schwäbisch Hall sind wir nicht mehr allein für die Festlegung der Fahrpreise zuständig.

Wir begrüßen es deshalb, dass wir uns im Frühjahr nächsten Jahres in einer Klausurtagung über die Zukunft des NVH ausführlich unterhalten und nach Einsparmöglichkeiten suchen.

Aber über allen Überlegungen muss stehen:

Der NVH ist eine wichtige und unverzichtbare Infrastruktur-Einrichtung unseres Landkreises. Gerade in unserem ländlichen Raum ist ein funktionierender Nahverkehr wichtig.

Verkehr und Straßenbau

Eine gute Verkehrsinfrastruktur mit Autobahnen, Bundes- Landes- und Gemeindestraßen ist wichtig für unsere Wirtschaft im Landkreis. Deshalb muss unser Kreisstraßenausbauprogramm zügig umgesetzt werden. Im nächsten Jahr werden wir einige Straßen ausbauen können. Gerne hätten wir noch andere Projekte aus dem Programm in Angriff genommen. Leider lässt die Finanzlage dies nicht zu.

Wir freuen uns, dass der Bau der Umgehung Gaisbach der B 19 zügig vorangeht und bald in Betrieb gehen kann.

Auch beim dringenden Ausbau der A 6 vom Weinsberger Kreuz bis zu bayerischen Landesgrenze sind wir auf einem guten Weg. Es war richtig, dass die beteiligten Kreise und Kommunen und die IHK Heilbronn-Franken die Planungskosten für den sechsstreifigen Ausbau der A 6 auf dieser Strecke vorfinanzieren.

In Bundesverkehrsministerium in Berlin wird derzeit geprüft, ob die A 6 über ein PPP-Projekt privat finanziert werden kann. Damit könnte der Ausbau beschleunigt werden. Wir haben ja in Berlin jetzt einen CSU-Verkehrsminister im Amt, der vielleicht öfters auch mal über diese Autobahn fahren muss und dann im Stau steht. Wir hoffen, dass er dieses Projekt vielleicht dann nachhaltig unterstützt..

Im Kreis gibt es aber auch zahlreiche Landesstraßen, die ausgebaut oder saniert werden müssen. Es ist zwar einiges getan worden seitens des Landes. Aber es gibt noch viel zu tun.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion und Landrat Jahn sind in der nächsten Woche zu einem Gespräch mit unseren zukünftigen Ministerpräsidenten Stefan Mappus in den Landtag eingeladen. Wir werden bei diesem Gespräch neben anderen Themen, die uns am Herzen liegen, auch den Zustand der Landesstraßen ansprechen.

Abfallbeseitigung

Die Abfallwirtschaft Hohenlohe wird zwar im nächsten Jahr ein Defizit erwirtschaften. Dies können wir aber durch eine Entnahme aus der Rücklage ausgleichen.

Erfreulich ist dabei, dass wir die Gebühren 2010 noch nicht erhöhen müssen.

Allerdings ist in diesem Bereich offen, ob die neue Bundesregierung die geplante Einbeziehung der Abfallbeseitigung in die Umsatzsteuerpflicht realisiert. Dann muss alles neu

überdacht werden.

Was uns Sorgen macht, sind die seit Mitte des Jahres geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Entsorgung von Bauschutt.

Dass der Bauschutt nach Heilbronn gebracht werden muss, ist für viele Bürgerinnen und Bürger im Kreis nicht nachvollziehbar.

AIH, Arge

Die schwierige Wirtschaftslage macht auch unserer Arbeitsinitiative Hohenlohe AIH zu schaffen. Wir bedauern es, dass dort Entlassungen erfolgen müssen und wir unser geplantes Bauvorhaben nicht realisieren können. Wir begrüßen die Pläne der AIH, sich ein weiteres Betätigungsfeld in der Betreuung von behinderten Menschen zu suchen.

Die Arbeitslosigkeit ist im Hohenlohekreis im letzten Monat leicht gestiegen. Wir müssen davon ausgehen, dass wenn die Kurzarbeit in nächster Zeit ausläuft, die Arbeitslosigkeit noch ansteigen wird.

Deshalb ist es gut, dass die AIH dann Gewähr bei Fuß steht und sich um diese Menschen kümmern kann.

Eine weitere politische Baustelle sehen wir in der Zukunft der ARGE. Wir können ohne Zweifel feststellen, dass die Zusammenarbeit mit der Arbeitagentur Schwäbisch Hall in unserer ARGE hervorragend war. Die Arge war in der Lage, für die Menschen neue berufliche Perspektiven zu vermitteln. Leider hat das Bundesverfassungsgericht dieses System für verfassungswidrig erklärt. Die große Koalition war leider nicht in der Lage, eine Neuregelung zu finden.

Wir dürfen deshalb unseren Kollegen Christian von Stetten bitten, sich bei der neuen Bundesarbeitsministerin Frau von der Leyen dafür einzusetzen, dass bald eine Lösung gefunden wird. Vor allem die Bediensteten der Arge und ihre Klientel müssen bald wissen, wie es weitergeht. Bei der Entscheidung müssen die Menschen und deren Schicksale im Vordergrund stehen, und nicht das Gerangel um Zuständigkeiten.

Klimaschutz

Klimaschutz, CO₂-Reduzierung, Erneuerbare Energien sind Themen, die auch in der Kreispolitik eine Rolle spielen. Wir freuen uns, dass auch der Hohenlohekreis seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Ich nenne hier z.B. den Ausbau der RvW-Schule als Passivhaus, den Einbau einer Pelletsheizung und einer Photovoltaikanlage an dieser Schule und die neue Pelletsheizung am Krankenhaus in Öhringen.

Wir freuen uns, dass der Hohenlohekreis zusammen mit seinen Nachbarn NOK und MTK vom Bundeslandwirtschaftsministerium zur Öko-Modellregion ausgewählt worden ist.

Meine Damen und Herren,
ich komme zum Schluss. Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan und den verschiedenen Wirtschaftsplänen und der Festsetzung der Kreisumlage auf 38 %-Punkte zustimmen.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich Ihnen, sehr geehrter Landrat, und allen Bediensteten des Landkreises im Landratsamt, in den Krankenhäusern und den anderen Geschäftsbereichen für ihre Arbeit zum Wohle unseres Landkreises und seiner Bürgerinnen und Bürger recht herzlich danken.

Dank sagen möchte ich aber auch allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für und die gute Zusammenarbeit in den Gremien.

Die kommenden Jahre werden den Kreistag und die Verwaltung vor schwierige Aufgaben stellen.

Nur wenn wir wie bisher zusammenhalten und gut zusammen arbeiten, werden wir diese Krise überstehen und den Hohenlohekreis auch weiter in eine gute Zukunft führen.

Dazu wird die CDU-Fraktion ihren Beitrag leisten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.